



Freerk Huisken

Japan-Desaster: Ein Super-GAU an Verharmlosung, Lügen und bitteren Wahrheiten

Was ist von einer Energieproduktion zu halten, bei der ein *Großteil der gesamten Anlage* aus 'Sicherheitssystemen' besteht, aus Schnellabschaltung, Berstschutz, Kühlsystemen, Sicherheitsventilen, Notkühlsystemen, Systemen für den Fall des Ausfalls der Notkühlsysteme usw.?

Was ist von einer Anlage zur Produktion von Strom zu halten, in deren Zentrum sich Arbeitskräfte immer nur eine begrenzte Zeit aufhalten dürfen, wenn sie sich nicht tödliche Krankheiten zuziehen sollen?

Was ist von einer Fabrik, die Energie herstellt, zu halten, deren Arbeitskräfte nach Beendigung ihres Arbeitstages regelmäßig daraufhin kontrolliert werden, ob sie nicht bereits gesundheitsgefährdend vergiftet worden sind?

Wie ist wohl eine Fabrik konstruiert, in der einmaliges „menschliches Versagen“ bereits Tod und Verderben über ganze Landstriche nebst ihrem lebenden und toten Inventar bringen kann?

Was ist von einer Stromgewinnungseinrichtung zu halten, die selbst dann, wenn sie abgeschaltet, also nicht mehr gebraucht wird, noch Jahrhunderte lang ein Gefahrenpotential darstellt?

Was ist von solcher Energieproduktion zu halten, in deren Umkreis Kinder einem hohen Risiko an Leukämieerkrankung ausgesetzt sind?

Dabei handelt es sich um eine Energiefabrik, die gerade *nicht* wegen der *äußeren Katastrophen* wie Erdbeben, Anschlägen von Terroristen, abstürzenden Flugzeugen, Tsunamis oder Stromausfällen einen Gefahrenherd darstellt. Der steckt vielmehr in der Technologie dieser Sorte Stromerzeugung selbst. Nur dadurch haben äußere Zerstörungen solche unkontrollierbaren Wirkungen. Was wäre denn, wenn in einer Autofabrik der Strom ausfallen, ein Wasserrohr platzen, eine Erdverwerfung die Bänder stoppen oder

ein Schraubenschlüssel den Automaten lahm legen würde? Produktionsausfall, Maschinenschäden, für die die Versicherung aufkommt, Arbeits- und damit Verdienstausschlag der Belegschaft, für die keine Versicherung aufkommt. Atomtechnologie im AKW ist dagegen *unbeherrschbar*. Es strahlt im Normalbetrieb radioaktiv ab, seine Kettenreaktion für Stromerzeugung soll so „kontrolliert“ werden, dass eine unkontrollierte Kettenreaktion, die nicht „abzuschalten“ ist, „möglichst“ nicht eintritt. Wenn doch, greift die Lüge vom „Restrisiko“. Aber das liegt ja angeblich vor allem in äußeren Gefahren.



Was ist von einer Politik zu halten, die seit Jahren verkündet, dass „unsere AKWs jenes Maß an Stromzufuhr sichern, das unser Wachstum braucht, welches unseren Wohlstand garantiert“, wenn diese Sorte Wohlstandsgarantie die Verstrahlung von Arbeitskräften im Innern ebenso einschließt wie die aller benutzten und die nicht mehr benutzbaren Anlagen, und die zudem die regelmäßige Emission von Radioaktivität *im Normalbetrieb* bedeutet?

Was ist von Regierenden zu halten, die auf einmal und zwar nach dem Japan-Desaster von „der Möglichkeit der *Unbeherrschbarkeit* der Technologie zur atomaren Energiegewinnung“ reden und dennoch die AKWs nur nach „sicheren“ und „unsicheren“ sortieren wollen?

Wie darf man es verstehen, wenn eine Kanzlerin jetzt die *vorübergehende Aussetzung* des gerade beschlossenen Ausstiegs aus einem von Rot-Grün mit kapitalistischen Gewinnrechnungen verträglich gemachten Langzeitausstiegs mit dem Argument begründet, dass „im Zweifel die Sicherheit über allem stehe“?

Was darf man angesichts „der Katastrophe in Japan“ eigentlich dem Gerede entnehmen, dass das „Restrisiko“ neu definiert werden müsse, wenn doch den Bildern aus Japan zu entnehmen ist, dass die Sache mit dem „Rest-“ immer schon eine interessierte politische Lüge war, die dazu taugte, das Wissen um die Unbeherrschbarkeit dieser Technologie in einer Kalkulation zu überführen, an deren Ende der *Bau* der AKWs stehen konnte?

Was meint die Regierung wohl mit Sicherheit, wenn sie den Betreibern mit Sicherheitsüberprüfungen ihrer AKWs droht und zugleich damit doch die alte Kalkulation zwischen „notwendiger Stromversorgung durch AKWs und einem Restrisiko“ nicht über Bord werfen, sondern auf der Grundlage der „neuen Erfahrung“ nur strenger durchführen will?

Was wird dabei wohl herauskommen, wenn die Fachleute von CDU, CSU und FDP das „Restrisiko“ ohnehin in *äußeren* Störfällen ansiedeln, die „man nie ausschließen kann“?

Was darf man dabei denken, wenn die politischen Herrschaften über Energiepolitik verkünden, dass „Japan die *Möglichkeit des Unwahrscheinlichen* gelehrt habe“ und zugleich Maßnahmen einleiten, die auf der *Gewissheit* der *Wirklichkeit* unbeherrschbarer Technologie basieren?

Dabei handelt es sich um eine Politik, die die kontinuierliche und reichliche Versorgung ihres kapitalistischen Lebenszusammenhangs mit Energie auf Biegen und Brechen, d.h. rücksichtslos gegenüber allen eintretenden Schäden an Leuten und Land, in der eigenen Hand behalten, sich dabei nicht von ausländischen Souveränen und deren Gas- und Öllieferung abhängig machen, sondern sich zu einer Macht entwickeln will, die fremden Souveränen die Bedingungen ihrer Öl- und Gaslieferung diktieren kann. Die also mit einer Energieproduktion, die allein ihrem Kommando gehorcht, dem Kapital der Welt das Angebot einer äußerst günstigen Energiebasis garantieren und zugleich dafür sorgen will, dass die nationalen „Versorger“ - EON, RWE und Vattenfall – sich zu Multis maulern, die Energie, Energiequellenprospektion und Energietechnologie zum Weltmarktschlager machen.



Was dürfen wir von einer Opposition – SPD, Grüne, Linkspartei nebst ihren außerparlamentarischen Abteilungen – halten, die einerseits der Regierung vorwirft, das Moratorium nicht ernsthaft zur Prüfung der Sicherheit von AKWs einzusetzen, und die sich andererseits damit brüstet, dass sie schon immer auf die Unbeherrschbarkeit der Atomtechnologie verwiesen habe? Will sie einer *ernsthaften* Sicherheitsprüfung von AKWs ihren Segen geben oder möchte sie darauf verweisen, dass sich mit noch so viel Überprüfung aller deutschen AKWs deren Sicherheit nicht belegen lässt? Was geht in der parlamentarischen Opposition vor, die das Moratorium der Kanzlerin zu einem Wahlkampfmanöver erklärt und zugleich mit Vorschlägen nachlegt, mit denen sie sich „glaubwürdiger“ präsentieren will? Wem wohl?



©Foto: Michael Grabscheit / www.pixelio.de

Welche Sorte Verharmlosung von Regierungspolitik will sich die Anti-AKW-Gemeinde eigentlich noch leisten, wenn sie in das gleiche Horn stößt und bei der Regierung nur Wahlkampf entdeckt, wenn diese *ernsthaft* darüber nachzudenken genötigt ist, wie viel *Zerstörung* an Land und Leuten – von innen und von außen – sie im Ernstfall ihrem Vaterland zumuten will, wenn sie den *Vorteil* der weiteren Produktion und Lieferung von inzwischen superprofitablem Atomstrom gewahrt wissen will?

Was denken sich eigentlich die Anti-AKW-Demonstranten, wenn sie in Sprechchören bekennen, dass „sie niemals recht behalten wollten“ - so als ob sie mit dem Misserfolg ihrer Anti-AKW-Proteste eine *moralische Mitverantwortung* für den GAU von Fukushima hätten? Wie sehr ist dann wohl ihre Kritik an kapitalistischer Energiepolitik – die es durchaus einmal gegeben hat - einem politischen Verantwortungsstandpunkt in Sachen nationaler Stromversorgung gewichen?

Und was ist dem Ruf nach noch rascherem Ausbau der *erneuerbaren Energien* zu entnehmen, wenn dieser doch auch nur nach den Kriterien von Kosten und Gewinn kalkuliert wird, wenn sich ihm die AKW-Betreiber selbst inzwischen widmen, wenn die Bundesregierung mit der Forcierung dieser „sauberen Energie“ den AKWs nur eine weitere Form *autarker* Energieproduktion hinzufügen und zugleich damit frühzeitig den Weltmarkt besetzen will - ganz abgesehen davon, dass Wind-, Solar- und Bioenergie zum einen ohne ordentliche Ausbeutung von Arbeitskräften in diesen Bereichen nicht konkurrenzfähig produziert wird und dass es zum anderen dafür geeignete Ländereien braucht, deren man sich dann eben mit dem Einsatz von Erpressung oder Gewalt bemächtigen muss bzw. bereits bemächtigt? Haben AKW-Gegner wirklich nichts anderes anzubieten, als die kapitalistisch betriebene und globale Zerstörung anrichtende Atomenergie durch „gute Energie“ zu ersetzen, die ebenfalls kapitalistisch betrieben wird, inzwischen ein Schlager für Finanzspekulant an der Börse ist und ganz neue, wenngleich andere Formen globaler Zerstörung und Vertreibung mit sich bringt?

Nur eines ist dieser Sorte Opposition zu entnehmen: Es muss dringend eine ganz andere her!



Über den Autor:

*Freerk Huiskens, Dr., *1941, studierte in Oldenburg Pädagogik und arbeitete bis 1967 als Lehrer. Anschließend Studium der Pädagogik, Politik und Psychologie in Erlangen-Nürnberg. Von 1971 an Professur an der Universität Bremen: Politische Ökonomie des Ausbildungssektors. Seit März 2006 im Ruhestand.*

Kontakt:

www.fhuiskens.de
info@fhuiskens.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag

Online- Magazin für Bildung, Erziehung und Unterricht

www.magazin-auswege.de
auswege@gmail.com